

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

32. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 19. Februar 1979

Nummer 9

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
203014	26. 1. 1979	RdErl. d. Innenministers Nachwuchswerbung für die Polizei	157
203018	22. 1. 1979	VwVO d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des mittleren Dienstes in der Sozialgerichtsbarkeit des Landes Nordrhein-Westfalen	157
20320	19. 1. 1979	RdErl. d. Finanzministers Gewährung des Anwärterverheiratetenzuschlags nach § 62 Abs. 3 BBesG	157
20323	18. 1. 1979	RdErl. d. Finanzministers Durchführung des Beamtenversorgungsgesetzes; Rückzahlung einer Abfindung nach § 88 BeamtVG	157
21210	6. 12. 1978	Berufsordnung für Apotheker der Apothekerkammer Westfalen-Lippe	157
2160	16. 1. 1979	Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe	158
2160	16. 1. 1979	Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe; Arbeitskreis Pfadfinderzentrum e. V.	159
2160	18. 1. 1979	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Durchführung des Kindergartengesetzes (KgG)	159
2160	25. 1. 1979	Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe; Advent-Jugend - Nordrheinische Vereinigung -	162
2377	18. 1. 1979	RdErl. d. Innenministers Grunderwerbsteuerbefreiung für den Wohnungsbau; Bescheinigungsverfahren	162
670	15. 1. 1979	RdErl. d. Finanzministers Organisation der Behörden der Verteidigungslastenverwaltung im Lande Nordrhein-Westfalen	162
71242	18. 1. 1979	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Ausbildung von Auszubildenden in Handwerksbetrieben, handwerksmäßig betriebenen Hilfsbetrieben, Industriebetrieben oder in sonstigen Einrichtungen sowie von Berufsanwärtern in gewerblichen Unterrichtsanstalten	162
7817	23. 1. 1979	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Richtlinien für die Förderung der langfristigen Verpachtung durch Prämien	163
79010	20. 12. 1978	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Unterkunft und Verpflegung an der Waldarbeitsschule	163
8300	16. 1. 1979	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Bundesversorgungsgesetz; Anwendung des § 30 Abs. 1 und 2 des Bundesversorgungsgesetzes bei Zunstentscheidungen nach § 40 Abs. 1 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren der Kriegsopferversorgung	163

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes
für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Ministerpräsident	
19. 1. 1979	Bek. – Honorarkonsulat der Republik Finnland, Düsseldorf	163
19. 1. 1979	Bek. – Honorarkonsulat der Republik Chile, Aachen	164
22. 1. 1979	Bek. – Auszeichnung für Rettung aus Lebensgefahr	164
26. 1. 1979	Bek. – Ungültigkeit konsularischer Ausweise	164
29. 1. 1979	Bek. – Japanisches Generalkonsulat, Düsseldorf	164
	Innenminister	
18. 1. 1979	Bek. – Anerkennung von Feuerlöschschläuchen	164
24. 1. 1979	Bek. – Programm für das 1. Halbjahr 1979 der Akademie der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen	165
	Justizminister	
	Stellenausschreibung für das Oberverwaltungsgericht Münster	169
	Personalveränderungen	
	Finanzminister	170
	Hinweis für die Bezieher des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	171

I.**203014****Nachwuchswerbung für die Polizei**

RdErl. d. Innenministers v. 26. 1. 1979 – IV B 1-4000

Mein RdErl. v. 10. 6. 1965 (SMBI. NW. 203014) wird wie folgt geändert:

- ✓ In Nummer 2.1 erhält der Satz 4 folgende Fassung:
Satz 1 und 3 gelten auch für die Begleiter der Besucher sowie für Berufsberater der Arbeitsämter.

– MBl. NW. 1979 S. 157.

rechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften v. 26. Juni 1978 (BGBl. I S. 869) bezieht eine Angleichung an die Konkurrenzregelung beim Ortszuschlag und eine Gleichbehandlung innerhalb des Ausbildungsbereichs. Ich habe keine Bedenken, wenn – entsprechend der seinerzeit für Empfänger von Dienstbezügen hinsichtlich des Ortszuschlags getroffenen Regelung – an Anwärter, die sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung in einem vor dem 1. Juli 1978 begründeten Anwärterverhältnis befanden, Ausgleichszulagen in sinngemäßer Anwendung des Artikels I § 4 des Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091) gewährt werden.

Im Einvernehmen mit dem Innenminister.

– MBl. NW. 1979 S. 157.

203018

**Ausbildungs- und
Prüfungsordnung für die Laufbahn
des mittleren Dienstes in der Sozialgerichtsbarkeit
des Landes Nordrhein-Westfalen**

VwVO d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 22. 1. 1979 – I B 2 – 2102.S –

Aufgrund des § 15 Abs. 2 des Landesbeamten gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Mai 1970 (GV. NW. S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juli 1978 (GV. NW. S. 306) – SGV. NW. 2030 –, wird für die Laufbahn des mittleren Dienstes in der Sozialgerichtsbarkeit des Landes Nordrhein-Westfalen folgende Ausbildungs- und Prüfungsordnung erlassen:

Im Einvernehmen mit dem Justizminister erkläre ich die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes – AV d. JM vom 10. Juli 1973 – 2326 – I C.27 – (SMBI. NW. 203013) – in ihrer jeweiligen Fassung für den Bereich der Sozialgerichtsbarkeit mit der Maßgabe für entsprechend anwendbar, daß

- a) in § 1, 1. Halbsatz, die Worte „mittleren Justizdienst“ durch die Worte „mittleren Dienst in der Sozialgerichtsbarkeit“ ersetzt werden,
- b) in § 2 Abs. 2 die Worte „Justizangestellte“ und „mittleren Justizdienstes“ durch die Worte „Regierungsgestellte“ und „mittleren Diensten in der Sozialgerichtsbarkeit oder in der Arbeitsgerichtsbarkeit“ ersetzt werden,
- c) in § 3 das Wort „Oberlandesgerichts“ durch die Worte „Landessozialgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen“ ersetzt wird,
- d) in § 4 das Wort „Justizassistentenanwärter“ durch das Wort „Regierungsassistentenanwärter“ ersetzt wird,
- e) in § 5 Abs. 2 das Wort „Justizangestellten“ durch das Wort „Regierungsgestellten“ ersetzt wird,
- f) in § 12 Abs. 2 das Wort „Oberlandesgerichts“ durch die Worte „Landessozialgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen im Benehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichts“ ersetzt wird,
- g) in § 27 das Wort „Justizassistent“ durch das Wort „Regierungsassistent“ ersetzt wird.

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung tritt am 1. Februar 1979 in Kraft.

Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des mittleren Dienstes in der Sozialgerichtsbarkeit des Landes Nordrhein-Westfalen – VwVO d. Arbeits- und Sozialministers v. 18. 8. 1967 – (SMBI. NW. 203018) außer Kraft.

– MBl. NW. 1979 S. 157.

20320

**Gewährung
des Anwärterverheiratetenzuschlags
nach § 62 Abs. 3 BBesG**

RdErl. d. Finanzministers v. 19. 1. 1979
– B 2220 – 4.8.2 – IV A 3

Die Änderung des § 62 Abs. 3 Satz 1 BBesG durch Artikel II Nr. 7 des Achten Gesetzes zur Änderung beamten-

20323

**Durchführung
des Beamtenversorgungsgesetzes
Rückzahlung einer Abfindung nach § 88 BeamtVG**

RdErl. d. Finanzministers v. 18. 1. 1979
– B 3003 – 7.1 – IV B 4

Infolge der ab 1. Februar 1977 und ab 1. März 1978 eingetretenen weiteren Erhöhungen der Dienst- und Versorgungsbezüge sind die in Tz 17.2.5 meines RdErl. v. 18. 11. 1976 (SMBI. NW. 20323) enthaltenen Übersichten im Einvernehmen mit dem Innenminister wie folgt zu ergänzen:

1. In der Übersicht nach Satz 2 sind nach den Worten „1. Februar 1976“ 84,05 v. H.“ die Worte „1. Februar 1977“ 93,81 v. H. und „1. März 1978“ 102,53 v. H.“ anzufügen.
2. In der Übersicht nach Satz 3 sind nach den Worten „1. Februar 1976“ 45,70 v. H.“ die Worte „1. Februar 1977“ 53,42 v. H. und „1. März 1978“ 60,32 v. H.“ anzufügen.

– MBl. NW. 1979 S. 157.

21210

**Berufsordnung
für Apotheker der Apothekerkammer
Westfalen-Lippe**

Vom 6. Dezember 1978

Die Kammersammlung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe hat in ihren Sitzungen am 31. Mai 1978 und 6. Dezember 1978 auf Grund des § 25 des Heilberufsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 1975 (GV. NW. S. 520/SGV. NW. 2122) die folgende Berufsordnung beschlossen, die durch Erlass des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 24. 1. 1979 – V A 1 – 0810.93 – genehmigt worden ist.

Dem Apotheker obliegt die ordnungsgemäße Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln. Hierdurch erfüllt er eine öffentliche Aufgabe. Der Apotheker übt einen seiner Natur nach freien Beruf aus.

§ 1

(1) Der Apotheker ist verpflichtet, seinen Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihm im Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. Er hat sich innerhalb und außerhalb seiner beruflichen Tätigkeit so zu verhalten, daß er diesem Vertrauen gerecht wird.

(2) Der Apotheker, der seinen Beruf ausübt, hat die Pflicht, sich beruflich fortzubilden und sich dabei über die für seine Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten.

§ 2

Der Apotheker ist zur Verschwiegenheit über alle Vorkommnisse verpflichtet, die ihm in Ausübung seines Berufes bekannt werden. Daraüber hinaus hat er alle unter seiner Leitung tätigen Personen, die nicht der Berufsordnung unterliegen, zur Verschwiegenheit zu verpflichten und dies schriftlich festzuhalten.

§ 3

Der Apotheker ist verpflichtet, die für die Ausübung seines Berufes geltenden Gesetze und Verordnungen sowie das Satzungsrecht der Kammer zu beachten und darauf gegründete Anordnungen und Richtlinien zu befolgen.

§ 4

Der Apotheker ist verpflichtet, bei der Ermittlung, Erkennung und Erfassung von Arzneimittelrisiken mitzuwirken. Er hat seine Feststellungen oder Beobachtungen der Arzneimittelkommission der Deutschen Apotheker unverzüglich mitzuteilen. Die Meldepflicht nach § 7 Abs. 5 der Apothekenbetriebsordnung bleibt unberührt.

§ 5

Der Apotheker ist verpflichtet, sich gegenüber den Angehörigen seines Berufes kollegial zu verhalten. Er hat die Interessen und das Ansehen des Betriebes, in dem er tätig ist, im und außer Dienst zu wahren.

§ 6

Der Apotheker ist verpflichtet, in Ausübung seines Berufes mit den Personen und Institutionen des Gesundheitswesens zusammenzuarbeiten, soweit nicht seine Berufspflicht gemäß § 2 berührt wird. Unzulässig sind jedoch Vereinbarungen, Absprachen und schlüssige Handlungen, die eine bevorzugte Lieferung bestimmter Arzneimittel, die Zuführung von Patienten, Zuweisungen von verschreibungen oder die Abgabe von Arzneimitteln ohne volle Angabe der Zusammensetzung zum Gegenstand haben oder zur Folge haben können.

§ 7

Die Ausübung der Heilkunde, insbesondere die Ausübung dem Arzt vorbehaltener Tätigkeiten, verstößt gegen die Berufspflichten. Hiervon unberührt, bleiben Beratungen, soweit diese zur Ausübung des Apothekerberufes erforderlich sind.

§ 8

Wettbewerb ist verboten, wenn er unlauter ist, oder wenn er eine Werbung zum Inhalt hat, die irreführend ist, oder nach Form, Inhalt oder Häufigkeit übertrieben wirkt oder einen Mehrverbrauch oder Fehlgebrauch von Arzneimitteln begünstigt.

Verboten sind insbesondere:

1. Das Vortäuschen einer bevorzugten oder besonderen Stellung der eigenen Apotheke, der eigenen Person oder des Apothekenpersonals;
2. das Anwenden oder Dulden von Bezeichnungen beim Vertrieb oder Anpreisen von Arzneimitteln zu dem Zweck, die Bevorzugung einer bestimmten Apotheke zu erreichen;
3. Verträge, Absprachen und Maßnahmen, die bezwecken oder zur Folge haben können, andere Apotheken von der Belieferung oder der Abgabe von Arzneimitteln, apothekenüblichen Waren oder Informationsmaterial ganz oder teilweise auszuschließen;
4. das Überlassen von Ausstellungsflächen der Apotheke gegen Entgelt oder sonstige Leistungen;
5. der Verzicht auf das Einhalten des Kostenanteils nach § 182 a RVO und der Hinweis darauf;
6. das Gewähren von Zugaben und Zuwendungen jeglicher Art, soweit sie nicht durch das Wettbewerbsrecht, insbesondere die Zugabeverordnung, gestattet sind sowie die kostenlose Abgabe von apothekenpflichtigen Arzneimitteln;

7. Zuwendungen und Geschenke, insbesondere an Kunden, Angehörige anderer Heilberufe oder nichtärztliche Heilberufe, Kostenträger, Kurheime, Altenheime, Krankenanstalten und ähnliche Einrichtungen sowie deren Leiter und Mitarbeiter, soweit damit der Wettbewerb beeinflußt werden kann;

8. das Abgehen von den sich aus der Verordnung über Preisspannen für Fertigarzneimittel ergebenden Festpreisen, insbesondere das Gewähren von Rabatten und sonstigen Preisnachlässen bei apothekenpflichtigen Fertigarzneimitteln sowie die Werbung hiermit;

9. ortsfeste Hinweise auf die Apotheke außerhalb des Apothekengrundstücks, soweit sie nicht zum Aufsuchen der nächstgelegenen Apotheke erforderlich sind.

§ 9

Diese Berufsordnung tritt am 1. April 1979 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Berufsordnung für Apotheker der Apothekerkammer Westfalen-Lippe von 28. Mai 1954 in der Fassung der Änderungen vom 18. April 1958, 26. Juli 1961 und vom 19. März 1969 (SMBI. NW. 21210) außer Kraft.

- MBl. NW. 1979 S. 157.

2160

Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 16. 1. 1979 - IV B 2 - 6113/A

Meine Bek. v. 3. 6. 1976 (SMBI. NW. 2160) wird wie folgt ergänzt:

1. Nach den Wörtern „Caritasverband für die Region Mönchengladbach-Rheydt e.V., Mönchengladbach“ wird folgendes eingefügt:

„sowie mit folgenden ihm angeschlossenen selbständigen Mitglieder:

Anna-Roles-Hilfswerk e.V.
für Jugendliche der Sonderschule
in Aachen

Franziskusschwestern e.V. (Mutterhaus Krefeld)
in Krefeld

Heiligenstädter Schulschwestern e.V.
Bergkloster
in Bestwig

Genossenschaft der Cellitinnen
zur hl. Gertrud
in Düren

Haus der Familie e.V.
in Nideggen

Heimstatt Drimborn e.V.
in Aachen

Josefs-Gesellschaft e. V.
in Köln-Deutz

Katholische Armenverwaltung
Stiftung des privaten Rechts
in Krefeld

Kath. Heimstattverein e. V.
St. Paul
in Mönchengladbach

Kolpingwerk e. V.
in Köln

Ordensgemeinschaft der Armen Brüder
vom hl. Franziskus e. V.
in Aachen

Ordensgemeinschaft der
Christenserinnen e. V.
in Stolberg-Venwegen

Ordensgenossenschaft
der Ursulinen
in Geilenkirchen

Selbsthilfe – Kindergarten
Roetgen e. V.
in Roetgen

Arbeitsring für päd. Elternhilfe e. V.
in Aachen

Nachbarschaftliche Selbsthilfe e. V.
in Aachen

Studentenwerk der kath. Hochschulgemeinde e. V.
in Aachen

Montessori-Verein
Krefeld e. V.
in Krefeld

Krankenhaus
„Maria Hilf GmbH“
in Krefeld

Stiftung Karl Kreuser jr.
in Mechernich

Marienwerk e. V.
in Aachen

Stiftung „Hospital zum hl. Geist“
in Kempen

Stiftung Kinderheim
St. Josef
in Düren

– MBl. NW. 1979 S. 158.

2160

**Öffentliche Anerkennung
als Träger der freien Jugendhilfe
Arbeitskreis Pfadfinderzentrum e. V.**

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 16. 1. 1979 – IV B 2 – 6113/D

Als Träger der freien Jugendhilfe wurde nach § 9 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. April 1977 (BGBl. I S. 633), i. V. mit § 21 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt – AG-JWG – in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1965 (GV. NW. S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juli 1978 (GV. NW. S. 290/SGV. NW 216) öffentlich anerkannt:

Arbeitskreis Pfadfinderzentrum e. V.
Sitz Düsseldorf
(am 16. 1. 1979).

– MBl. NW. 1979 S. 159.

2160

**Durchführung
des Kindergartengesetzes (KgG)**

RdErl. des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 18. 1. 1979 – IV D 4 – 6001.6 –

Mein Runderlaß v. 7. 11. 1977 (SMBI. NW. 2160) wird wie folgt geändert:

Seite 4 der Anlage 2 und Seite 2 der Anlage 3.7 werden wie aus der Anlage zu diesem Runderlaß ersichtlich ge- Anlage
faßt.

160

6. Berechnung des Betriebskostenzuschusses des Jugendamtes – und – des Landes

Anlage

Rechnungsjahr 19...

angemessenen Betriebskosten DM

6.1 Für das

betragen lt. Punkt 4 oder 5 die

6.11 Davon entfallen auf

Träger	Eltern			Jugendamt	Land		
1/6 1/3	1/6	1/3 –	v. H.v. 1/3	1/6 +	v. H.v. 1/3	1/6	1/3 + v. H.v. 1/3 3/6
DM	DM	ist aufzubringen		DM	DM		
Übertrag von Land		Aufkommen gemäß 16.11-16.14 des Antrages				Kürzungen wegen anderweitiger Finanzie- rungsmöglichkeiten (nur von den Landes- jugendämtern auszufüllen)	
		Mehr- / Minder- aufkommen					
		ist auszugleichen				Summe, zu übertragen auf Träger	
		ist zu erstatten bzw. anzurechnen auf Elternbeitrag 19...					verbleiben insgesamt
6.12 Bereits erhaltene und zu verrechnende Abschlagszahlungen	Quartal I						
	Quartal II						
	Quartal III						
	Quartal IV						

6.13 Nach Abzug der Abschlags-
zahlungen ergibt sich demnach eine
Nachzahlung von

DM

DM

 eine
Überzahlung von6.14 Der vorstehende Betrag
wird mit der nächsten Zahlung

verrechnet.

verrechnet.

noch angewiesen.

noch angewiesen.

Rechnungsjahr 19...

angemessenen Betriebskosten DM

6.2 Für das

betragen lt. Punkt 4 oder 5 die

6.21 Davon entfallen auf

Träger	Eltern			Jugendamt	Land		
1/6 1/3	1/6	1/3 –	v. H.v. 1/3	1/6 +	v. H.v. 1/3	1/6	1/3 + v. H.v. 1/3 3/6
DM	DM			DM	DM		
Übertrag von Land						Kürzung wegen anderweitiger Finanzie- rungsmöglichkeiten (nur von den Landes- jugendämtern auszufüllen)	
						Summe, zu übertragen auf Träger	
							verbleiben insgesamt

6.22 Das sind pro Quartal ►

6.23 Bereits gewährte Abschlagszahlungen

6.24 Verbleiben als weitere Abschlagszahlungen	Quartal I		
	Quartal II		
	Quartal III		
	Quartal IV		

6.25 Noch zu bewilligen und auszuzahlen

= = =

7. Bearbeitungsvermerke

7.1 Bewilligungsbescheid erteilen (6.11 + 6.25)	über DM	über DM
7.2 Auszahlungsanordnung fertigen (6.13 + 6.25)		
Sachlich richtig und festgestellt		

SACHBERICHT

Kurze Darstellung über die Durchführung und den Sachstand der im Landesinteresse wahrgenommenen Aufgabe.

ERKLÄRUNG

Die Richtigkeit der vorstehenden Angaben wird bescheinigt.

Zu Ifd. Nr. _____

des zahlungsmäßigen Nachweises ist die bestimmungsgemäße Verwendung der Mittel durch die Letztempfänger ordnungsgemäß nachgewiesen worden. Zu den offenstehenden Fällen wird ergänzend berichtet werden. Soweit sich aus der Prüfung der Verwendungsnachweise Rückzahlungen ergaben, ist Überweisung an die Kasse des Landschaftsverbandes _____ erfolgt und im Einzelfall berichtet worden.

In Vertretung

2160

**Öffentliche Anerkennung
als Träger der freien Jugendhilfe**
Advent-Jugend-Nordrheinische Vereinigung

Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland
v. 25. 1. 1979 – 41.08-438-00/6

Der Landesjugendwohlfahrtsausschuß hat in seiner Sitzung am 16. 1. 1979 die

Advent-Jugend – Nordrheinische Vereinigung –,
Sitz Düsseldorf

nach § 9 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt i.d.F. der Bekanntmachung vom 25. April 1977 (BGBl. I S. 633) i. V. mit § 21 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt – AG-JWG- i.d.F. v. 1. Juli 1965 (GV. NW. S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. Juli 1978 (GV. NW. S. 290), –SGV. NW 216 –

als Träger der freien Jugendhilfe öffentlich anerkannt.

– MBl. NW. 1979 S. 162.

2377

**Grunderwerbsteuerbefreiung
für den Wohnungsbau**
Bescheinigungsverfahren

RdErl. d. Innenministers v. 18. 1. 1979
– VI C 2 – 4.412 – 29/79 –

Der RdErl. v. 20. 10. 1973 (SMBI. NW. 2377) wird wie folgt geändert:

1. Der Einleitungssatz erhält folgende Fassung:
Für die Erteilung von Bescheinigungen nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über Grunderwerbsteuerbefreiung für den Wohnungsbau (GrESTWoBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 1970 (GV. NW. S. 620), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juli 1977 (BGBl. I S. 1213), – SGV. NW. 611 – wird im Einvernehmen mit dem Finanzminister bestimmt:
2. In Nummer 1 werden die Worte „bei der für den Bauort nach Nummer 2.1 zuständigen Stelle“ ersetzt durch die Worte „bei der für den Bauort zuständigen Gemeinde“.
3. Nummer 2.1 wird gestrichen.
4. In den Nummern 2.2 und 2.3 wird jeweils der zweite Absatz gestrichen.
5. Die Nummer 2.2 und 2.3 werden Nummern 2.1 und 2.2.
6. Nummer 2.4 wird gestrichen.

– MBl. NW. 1979 S. 162.

670

**Organisation
der Behörden der Verteidigungslastenverwaltung
im Lande Nordrhein-Westfalen**

RdErl. d. Finanzministers v. 15. 1. 1979 –
VV 7240 – 32 – III C 4

Das mit meinem RdErl. v. 1. 6. 1977 (SMBI. NW. 670) bekanntgegebene Anschriftenverzeichnis der Behörden der Verteidigungslastenverwaltung im Lande Nordrhein-Westfalen wird wie folgt geändert:

1. Nummer 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Wörter „Dienstgebäude Kirchfeldstr. 61“ werden gestrichen;
 - b) die Fernsprechnummer „340072“ wird ersetzt durch die Fernsprechnummer „49771“.
2. Nummer 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Hausnummer „4-8“ wird ersetzt durch die Hausnummer „10“;
 - b) die Fernsprechnummer „20901“ wird ersetzt durch die Fernsprechnummer „16331“.

– MBl. NW. 1979 S. 162.

71242

**Ausbildung
von Auszubildenden in Handwerksbetrieben,
handwerksmäßig betriebenen Hilfsbetrieben,
Industriebetrieben oder in sonstigen Einrichtungen
sowie von Berufsanwärtern in gewerblichen Unter-
richtsanstalten**

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
v. 18. 1. 1979 –II/B 4 – 40-51/1 – 1(79)-4/79-

- 1 Auszubildende im Handwerk werden in Handwerksbetrieben, handwerksmäßig betriebenen Hilfsbetrieben, Industriebetrieben oder in sonstigen Einrichtungen ausgebildet.
 - 1.1 Handwerksbetriebe sind Betriebe, deren Inhaber entweder mit einem selbständigen Betrieb im Sinne des § 1 Abs. 1 der Handwerksordnung –HwO– in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Dezember 1965 (BGBl. 1966 I S. 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2525), oder mit einem handwerklichen Nebenbetrieb im Sinne des § 3 Abs. 1 HwO in der Handwerksrolle eingetragen sind.
 - 1.2 Handwerksmäßig betriebene Hilfsbetriebe sind unselbständige, der wirtschaftlichen Zweckbestimmung des Hauptbetriebes dienende Handwerksbetriebe, wenn sie
 - 1.2.1 Arbeiten für den Hauptbetrieb oder für andere dem Inhaber des Hauptbetriebes ganz oder überwiegend gehörende Betriebe ausführen (§ 3 Abs. 3 Nr. 1 HwO), wie z. B. die Betriebselektrorwerkstatt einer Fabrik, die Kraftfahrzeugwerkstatt eines Warenhauses, die Böttcherei einer Brauerei und die Schneiderei eines Konfektionsgeschäftes,
 - 1.2.2 Leistungen an Dritte bewirken, die als handwerkliche Arbeiten untergeordneter Art zur gebrauchsfertigen Überlassung üblich sind (§ 3 Abs. 3 Nr. 2 a HwO),
 - 1.2.3 in unentgeltlichen Pflege-, Instandhaltungs- oder Instandsetzungsarbeiten bestehen (§ 3 Abs. 3 Nr. 2 b HwO),
 - 1.2.4 in entgeltlicher Pflege, Instandhaltungs- oder Instandsetzungsarbeiten an solchen Gegenständen bestehen, die in dem Hauptbetrieb erzeugt worden sind, sofern die Übernahme dieser Arbeiten bei der Lieferung vereinbart ist (§ 3 Abs. 3 Nr. 2 c HwO),
 - 1.2.5 auf einer vertraglichen oder gesetzlichen Gewährleistungspflicht beruhen (§ 3 Abs. 3 Nr. 2 d HwO).
 - 1.2.6 Industriebetriebe im Sinne dieses RdErl. sind nichthandwerksmäßige oder handwerksähnliche stehende Gewerbebetriebe.
 - 1.2.7 Sonstige Einrichtungen sind z. B. Bundesbahn, Bundespost, Universitätswerkstätten.
- 2 Gewerbliche Unterrichtsanstalten sowie nichtgewerbsmäßig betriebene Ausbildungsstätten sozialer oder karitativer Einrichtungen dienen allein oder überwiegend der Ausbildung von Berufsanwärtern für einen gewerblichen Beruf, z. B. Berufsfachschüler.
 - 3 Auszubildende darf nur einstellen, wer persönlich geeignet ist (§ 21 Abs. 1 Satz 1 HwO).
 - 3.1 Persönlich nicht geeignet ist insbesondere, wer Kinder und Jugendliche nicht beschäftigen darf (§ 21 Abs. 2 Nr. 1 HwO) oder
 - 3.1.2 wiederholt oder schwer gegen die Handwerksordnung oder die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften verstößen hat (§ 21 Abs. 2 Nr. 2 HwO).

- 3.2 Auszubildende darf nur ausbilden, wer persönlich und fachlich geeignet ist (§ 21 Abs. 1 Satz 2 HwO).
 3.2.1 Für die persönliche Eignung des Ausbildenden gelten Nrn. 3.1.1 und 3.1.2 entsprechend.
 3.2.2 Fachlich geeignet ist, wer die Meisterprüfung in dem Handwerk, in dem ausgebildet werden soll, bestanden und das vierundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat oder nach § 22 HwO ausbildungsberechtigt ist (§ 21 Abs. 3 HwO).
 3.2.3 Wer fachlich nicht geeignet ist oder wer selbst nicht ausbildet, darf Auszubildende nur dann einstellen, wenn er einen Ausbilder bestellt, der persönlich und fachlich für die Berufsausbildung geeignet ist (§ 21 Abs. 4 HwO).
- 4 Die Ausbildung des Auszubildenden richtet sich nach der Ausbildungsordnung (§ 25 HwO), soweit diese noch nicht erlassen ist, nach den Fachlichen Vorschriften (§ 122 Abs. 5 HwO).
- 5 Die Berufsausbildungsverträge müssen die Ausbildung in einem Handwerk (Anlage A zur HwO) zum Gegenstand haben. Sie sind bei der örtlich zuständigen Handwerkskammer in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse einzutragen (§ 28 Satz 1 HwO).
- 6 Auszubildende nichthandwerklicher Berufe, z. B. Bürogehilfin, Einzelhandelskaufmann, können auch in Handwerksbetrieben ausgebildet werden. Soweit die örtlich zuständige Handwerkskammer hier keine eigene Ausbildungsgesetzgebung nach § 91 Abs. 2 HwO erlassen hat, ist die Industrie- und Handelskammer zuständig. Insoweit gilt dann das Berufsbildungsgesetz -BBiG- vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341). Zuständige Stelle im Sinne des Berufsbildungsgesetzes ist in jedem Falle die Handwerkskammer (§ 74 BBiG).
- 7 Auszubildende, die nach Maßgabe eines industriellen Berufsbildes eine Ausbildungzeit in einem Facharbeiterberuf zurückgelegt haben, besitzen keinen Anspruch auf Zulassung zur Gesellenprüfung. Entspricht jedoch der erlernte Facharbeiterberuf einem handwerklichen Vollberuf, dann sollte die ausnahmsweise Zulassung zur Gesellenprüfung nach § 37 Abs. 2 Satz 2 HwO erfolgen.
- 8 Mein RdErl. v. 29. 10. 1959 (SMBI. NW. 71242) wird aufgehoben.

– MBl. NW. 1979 S. 162.

79010

Unterkunft und Verpflegung an der Waldarbeitsschule

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 20. 12. 1978 – IV A 4 57-20-00.00

In meinem RdErl. v. 22. 12. 1977 (SMBI. NW. 79010) werden unter Nummer 3.1 die Entgelte für Verpflegung mit Wirkung vom 1. Januar 1979 wie folgt geändert:

für ein Frühstück	4,50 DM
für ein Mittagessen	7,50 DM
für einen Nachmittagskaffee	2,00 DM
für ein Abendessen	5,00 DM

Als neue Nummer 3.4 ist einzufügen:

„3.4 Die Entgelte nach Nummer 3.1 sind bei Kapitel 1029 Titel 125 zu buchen.“

– MBl. NW. 1979 S. 163.

8300

Bundesversorgungsgesetz

Anwendung des § 30 Abs. 1 und 2 des Bundesversorgungsgesetzes bei Zugunstentscheidungen nach § 40 Abs. 1 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren der Kriegsopfersorgung

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 16. 1. 1979 – II B 2 – 4201.2 (1/79)

Nach der ständigen Rechtssprechung des Bundessozialgerichts (Urteile vom 31. 7. 1975 – 9 RV 354/74 und 11. 11. 1976 – 10 RV 219/75) darf die Versorgungsverwaltung in Fällen, in denen sie wegen eines besonderen beruflichen Betroffenseins nach § 30 Abs. 2 des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) einen neuen Bescheid gemäß § 40 Abs. 1 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren der Kriegsopfersorgung (VfG-KOV) erteilt, den vorher allein nach § 30 Abs. 1 BVG festgesetzten Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit nicht deshalb neu bewerten, weil sie diesen für überhöht hält, es sei denn, die Voraussetzungen des § 41 VfG-KOV oder des § 62 BVG sind gegeben.

Soweit in der Vergangenheit in Einzelfällen anders entschieden wurde, sind auf Antrag gemäß § 40 Abs. 2 VfG-KOV Zugunstentscheide unter Beachtung der Rechtsauffassung des Bundessozialgerichts zu erteilen.

– MBl. NW. 1979 S. 163.

7817

Richtlinien für die Förderung der langfristigen Verpachtung durch Prämien

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 23. 1. 1979 – III B 3 – 228 – 23308

Mein RdErl. v. 4. 5. 1977 (SMBI. NW. 7817) wird wie folgt geändert:

1. Nummer 2.8 erhält folgende Fassung:

Eine Bewirtschaftung im Haupterwerb im Sinne von Nummer 2.7.2 liegt nur dann vor, wenn zum Zeitpunkt der Gewährung der Prämie der landwirtschaftliche Anteil am Gesamteinkommen des Pächters mindestens 50 v. H. beträgt und die für Tätigkeiten außerhalb des Betriebes aufgewendete Arbeitszeit weniger als die Hälfte seiner Gesamtarbeitszeit ausmacht.

2. Dieser RdErl. ist ab 1. Januar 1979 anzuwenden.

– MBl. NW. 1979 S. 163.

II.

Ministerpräsident

Honorarkonsulat der Republik Finnland Düsseldorf

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 19. 1. 1979 –
I B 5 – 414 – 1/78

Die Bundesregierung hat dem zum Honorarkonsul in Düsseldorf ernannten Herrn Detmar Grolman am 9. November 1978 das Exequatur erteilt.

Der Konsularbezirk des Honorarkonsulats umfaßt das Land Nordrhein-Westfalen.

Anschrift: Tonhallenstraße 14/15, 4000 Düsseldorf

Telefon-Nr.: 3 67 21

Telegrammadresse: Finnlandia

Fernschreib-Nr.: 858 2809

Sprechzeit: Mo-Fr 9.00-12.00 und 14.00-16.00 Uhr

– MBl. NW. 1979 S. 163.

**Honorarkonsulat der Republik Chile,
Aachen**

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 19. 1. 1979 –
I B 5 – 407 – 2/59

Die neue Anschrift des Honorarkonsulats von Chile lautet: Jülicher Straße 302/II, 5100 Aachen, neue Telefon-Nr.: 16 1777.

– MBl. NW. 1979 S. 164.

Auszeichnung für Rettung aus Lebensgefahr

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 22. 1. 1979 –
I B 2 – 130 – 5/70

In Anerkennung ihrer unter Einsatz des eigenen Lebens erfolgreich durchgeführten Rettungstat ist die Rettungsmedaille verliehen worden an

1. Horst Beitelhoff,
Mühlendamm 1, 4400 Münster-Wolbeck
2. Paul Johannes Brackmann,
Münsterstraße 27, 4420 Coesfeld
3. Kurt Engelskirchen,
Geyener Berg 12, 5024 Pulheim
4. Paul-Gerhard Jaeger,
Brunnenstraße 11, 5275 Bergneustadt 1
5. Veronika Meckel,
Merricher Straße 55, 5040 Brühl
6. Willi Schimai,
Am Eisenbrand 24, 4005 Meerbusch 1-Büderich
7. Theodor Steinkamp,
Hauptstraße 5, 4722 Ennigerloh-Enniger

– MBl. NW. 1979 S. 164.

Ungültigkeit konsularischer Ausweise

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 26. 1. 1979 –
I B 5 – 451 – 5/76

Die nachstehend aufgeführten von dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen ausgestellten Ausweise für Mitglieder des Konsularkorps für Konsularbeamte des Türkischen Generalkonsulats in Köln,

Nr. 3020, ausgestellt am 8. April 1976 für Herrn Referent Hilmi Kaya,

Nr. 3052, ausgestellt am 2. August 1976 für Herrn Arbeitsattaché Ismet Comoglu,

sowie die Konsularischen Ausweise für Mitglieder des Verwaltungspersonals

Nr. 3159, ausgestellt am 11. März 1977 für Frau Hatice Durdudiler,

Nr. 3282, ausgestellt am 15. Dezember 1977 für Herrn Hüseyin Yüksel

sind in Verlust geraten. Die Ausweise werden hiermit für ungültig erklärt. Sollten sie gefunden werden, wird gebeten, sie der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zuzuleiten.

– MBl. NW. 1979 S. 164.

Japanisches Generalkonsulat, Düsseldorf

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 29. 1. 1979 –
I B 5 – 428 – 2/78

Seit dem 29. Januar 1979 befindet sich das Japanische Generalkonsulat in Immermannstraße 45, 4000 Düsseldorf 1.

– MBl. NW. 1979 S. 164.

Innenminister

Anerkennung von Feuerlöschschläuchen

Bek. d. Innenministers v. 18. 1. 1979 –
VIII B 4 – 4.424

Der Niedersächsische Minister des Innern hat die in der Anlage 1 aufgeführten Feuerlöschschläuche als normgerecht anerkannt. Sie wurden von der Zentralprüfstelle für Feuerlöschschläuche bei der Niedersächsischen Landesfeuerwehrschule in Celle geprüft; die Prüfergebnisse entsprechen den Bedingungen der Normblätter DIN 14 810 (Saugschläuche) und DIN 14 811 (Druckschläuche).

Nach Nr. 7 der Verwaltungsvereinbarung über die Prüfung, Zulassung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und -geräten sowie Atemschutz- und Funkgeräten für die Feuerwehren – RdErl. v. 7. 1. 1976 (SMBL. NW. 2134) – hat diese Anerkennung für das ganze Bundesgebiet Gültigkeit.

Die Zentralprüfstelle für Feuerlöschschläuche in Celle hat festgestellt, daß die in der Anlage 2 aufgeführten Feuerlöschschläuche den Bedingungen des Normblattes DIN 14 810 (Saugschläuche) – Ausgabe 1976 – nicht entsprechen.

Die diesen Feuerlöschschläuchen zugewiesenen Prüfnummern werden hiermit zurückgezogen.

Anlage 1

1. Druckschläuche

Firma Walraf Textilwerke GmbH & Co., 4050 Mönchengladbach 2
Prüf-Nr. 8 132 78

C 52-15 DIN 14 811-K
„Grizzly“

2. Saugschläuche

Bei den Typprüfungen von Saugschläuchen nach DIN 14 810 – Ausgabe April 1976 – hat sich herausgestellt, daß die Norm in einigen Punkten einer Ergänzung bzw. einer Änderung bedarf. Bis zum Zeitpunkt der Neuherausgabe der Norm erteilt die Prüfstelle vorläufige Prüfnummern, die nach der Neufassung endgültig bestätigt oder zurückgezogen werden können.

Firma Allerthal-Werke AG, Grasleben, 3330 Helmstedt
vorläufige Prüf-Nr. 5 101 78 A 110-2400 DIN 14 810-K
vorläufige Prüf-Nr. 5 102 78 A 110-1500 DIN 14 810-K

3. Berichtigungen

a) Berichtigung der Anlage 2 zur Bek. vom 25. 8. 1978 (MBL. NW. S. 1520)

In Nr. 1 Firma Walraf Textilwerke GmbH & Co., 4050 Mönchengladbach 2, ist die Prüf-Nr. „813478“ durch die Prüfnummer „813478-1“ zu ersetzen.

b) Berichtigung der Anlage zur Bek. vom 17. 11. 1978 (MBL. NW. S. 1950)

In Nr. 1, Firma Schoch-Wernecke AG, CH-8712 Stäfa/Schweiz, ist bei der Prüf-Nr. 843278-1 die Bezeichnung

B-20 DIN 14 811-K
„Supra Flex, rohweiss“

durch die Bezeichnung

B-20 DIN 14 811-K
„Supra Flex, rot beschichtet“

zu ersetzen.

Anlage 2

Übersicht über nicht mehr normgerechte Feuerlöschschläuche

Allerthal-Werke AG., Grasleben:

Saugschlauch A 2400 DIN 14810 – Prüf-Nr. 50-145
Saugschlauch B 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-159
Saugschlauch C 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-160
Saugschlauch D 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-161

Franz Clouth, Rhein. Gummiwarenfabrik, Köln-Nippes:

Saugschlauch B 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-142

Continental-Gummiwerke, Hannover

Saugschlauch A 2400 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-101

Saugschlauch A 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-102

Saugschlauch B 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-103

Saugschlauch C 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-104

Saugschlauch D 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-110

Gummil, Mailand/Italien:

Saugschlauch B 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-169

Saugschlauch C 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-168

Hansens Gummi- & Packungswerke, Hannover-Wülfel:

Saugschlauch A 2400 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-131

Saugschlauch A 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-111

Saugschlauch B 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-127

Saugschlauch C 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-128

Hutchinson, Gummiwarenfabrik, Mannheim:

Saugschlauch A 2400 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-119

Saugschlauch A 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-105

Saugschlauch B 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-114

Saugschlauch C 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-115

Saugschlauch D 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-158

Jutt & Co., Gummiwarenfabrik Ladenburg:

Saugschlauch A 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-123

Saugschlauch B 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-124

Saugschlauch C 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-140

Saugschlauch D 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-157

Münd. Gummiwarenfabrik, Gebr. Kunth, Hann. Münden:

Saugschlauch A 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-120

Saugschlauch B 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-121

Saugschlauch C 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-122

Franz A. Parsch, Ibbenbüren:

Saugschlauch A 2400 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-162

Saugschlauch B 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-163

Saugschlauch C 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-164

Phoenix-Gummiwerke AG., Hamburg-Harburg:

Saugschlauch A 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-106

Pirelli Sacie S. A., Brüssel/Belgien:

Saugschlauch A 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-173

Saugschlauch B 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-172

Pneutragom, Zürich/Schweiz:

Saugschlauch A 2400 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-171

Saugschlauch A 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-170

Saugschlauch B 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-168

Saugschlauch C 3000 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-165

Saugschlauch C 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-167

Schildkröt AG., vorm. Rhein. Gummi- u. Celluloid-F., Mann.-Neckarau:

Saugschlauch A 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-116

Saugschlauch B 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-117

Saugschlauch C 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-118

F.J. Schoeps & Co., Mannheim-Friedrichsfeld:

Saugschlauch A 2400 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-125

Saugschlauch A 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-126

E. Simon, Gummiwarenfabrik, Neulussheim:

Saugschlauch A 2400 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-152

Saugschlauch A 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-112

Saugschlauch B 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-113

Saugschlauch C 3000 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-153

Saugschlauch C 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-151

Saugschlauch D 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-154

Tretorn Gummi- & Asbestwerke, Hamburg:

Saugschlauch A 2400 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-132

Saugschlauch A 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-133

Saugschlauch B 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-134

Saugschlauch C 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-135

Saugschlauch D 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-136

Veritas Gummiwerke AG., Gelnhausen:

Saugschlauch A 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-139

Saugschlauch C 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-156

Vorwerk & Sohn, Wuppertal-Barmen:

Saugschlauch A 2400 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-137

Saugschlauch A 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-129

Saugschlauch B 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-138

Weinheimer Gummiwarenfabrik, Weinheim:

Saugschlauch A 2400 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-107

Saugschlauch A 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-108

Saugschlauch B 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-109

Saugschlauch C 3000 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-155

Saugschlauch C 1500 DIN 14 810 – Prüf-Nr. 50-130

– MBl. NW. 1979 S. 164.

**Programm für das 1. Halbjahr 1979
der Akademie der Architektenkammer
Nordrhein-Westfalen**

Bek. d. Innenministers v. 24. 1. 1979 – V C 4 – 924.1

Die Akademie der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen führt im 1. Halbjahr 1979 folgendes Programm durch:

VORTRÄGE**„Architektur im 20. Jahrhundert“**

Dienstag, 20. 2. 1979

„Architektur in der CSSR“^{*)}

Ing. Arch. Csc. Blahomir Borovicka,

Stadtbaurat der Stadt Prag

Prof. Ing. Arch. Dr. Sc. Emanuel Hruska, Prag

Donnerstag, 22. 2. 1979

„Schweizerische Architektur“

Dr. Stanislaus von Moos, Zürich

Dienstag, 20. 3. 1979

„Österreichische Architektur“

Prof. Günter Feuerstein, Wien

Mittwoch, 28. 3. 1979

„Italienische Architektur“

Prof. Aldo Rossi, Mailand

Beginn: 18.00 Uhr**Veranstaltungsort:**

Haus der Wissenschaften,

Palmenstraße 16, 4000 Düsseldorf

^{*)} Dieser Vortrag wird in Zusammenarbeit mit der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Düsseldorf und der Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplaner e. V. SRL durchgeführt.

VORTRÄGE

**IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER
RHEINISCH-WESTFÄLISCHEN
TECHNISCHEN HOCHSCHULE AACHEN**

Donnerstag, 17. 5. 1979

„Werkbericht“

Richard England, Architekt, Malta

Beginn: 18.45 Uhr

Veranstaltungsort:

Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen,
Hörsaal FO 4, Templergraben, 5100 Aachen

EXKURSIONEN

6.–13. 4. 1979

Florenz – Toscana – Umbrien

„Historische Architektur in Umbrien“

Flug: Düsseldorf–Pisa–Düsseldorf

Preis: DM 895,—

Einzelzimmerzuschlag: DM 225,—

Der Preis beinhaltet: Flug, Transfers, 7 Übernachtungen mit Frühstück, Busfahrten, Fachprogramm, Reiseleitung und Informationsmaterial.

Anmeldeschluß: 27. 3. 1979

19.–26. 5. 1979

Chicago – Detroit

„100 Jahre Entwicklungen in der amerikanischen Architektur von 1879 bis 1979“

Es werden unter anderem besichtigt:

Bauten der Chicagoer Schule, frühe Bauten von Frank Lloyd Wright in Chicago, z. B. Robie House, Unity Church und Johnson Wax Building in Racine, Unitarian Meeting House in Madison, Wisconsin und fakultativ die Stadterneuerung in Detroit, Renaissance-Center.

Flug: Brüssel–Chicago–Brüssel

Preis: DM 1645,—

Einzelzimmerzuschlag: DM 285,—

Der Preis beinhaltet: Flug, Transfers, 6 Übernachtungen, Besichtigungen, Fachprogramm, Reiseleitung und Informationsmaterial.

Anmeldeschluß: 18. 4. 1979

14.–17. 6. 1979

Stuttgart – Karlsruhe

„Architektur in der Bundesrepublik Deutschland“

Es werden u. a. besichtigt:

Stuttgart: Weissenhof-Siedlung, Sanierung Calver Straße, Planetarium

Reutlingen: Altenheim

Karlsruhe: Sanierungsgebiet „Das Dörflle“

Busfahrt ab und bis Düsseldorf

Preis: DM 285,—

Einzelzimmerzuschlag: DM 70,—

Der Preis beinhaltet: Busfahrt, 3 Übernachtungen mit Frühstück, Fachprogramm, Reiseleitung und Informationsmaterial.

Anmeldeschluß: 6. 6. 1979

INFORMATIONSTAG

**IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER
ARBEITSGEMEINSCHAFT HOLZ E. V., DÜSSELDORF**

am Mittwoch, 14. 3. 1979

„Holzbautagung“

„Bauvorschriften bei der Verwendung von Holz“
Oberregierungsbaurat A. Klose, Innenministerium NW,
Düsseldorf

„Brandverhalten von Holzkonstruktionen nach DIN 4102“
Dipl.-Ing. Erich Kabelitz, Düsseldorf

„Konstruktive Möglichkeiten des Ingenieurholzbau“
Prof. Dr.-Ing. Elmar Krabbe, Dortmund

„Holz in Konstruktion und Raum“

Prof. Dipl.-Ing. Julius Natterer, München

Beginn: 11.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Industrie- und Handelskammer Siegen,
Raum E 5, Koblenzer Straße 121, 5900 Siegen

INFORMATIONSTAG

**IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM
INNENMINISTER VON NORDRHEIN-WESTFALEN**

am 9. 5. 1979

„Licht im Hoch- und Städtebau“

Leitung: Ministerialdirigent Herbert Groß,
Innenministerium NW, Düsseldorf

„Licht Im Hoch- und Städtebau aus medizinischer Sicht“
Dr. med. D. Oeter, Düsseldorf,
Akademie für öffentliches Gesundheitswesen, Düsseldorf

„Rechtliche Grundlagen“

Reg.-Baudirektor Temme, Düsseldorf, Innenministerium NW

**„Lichttechnik unter arbeitsstättenrechtlichen
Gesichtspunkten“**

Prof. Dr. Jürgen Krochmann, Berlin,
Institut für Lichttechnik an der TU, Berlin

„Bauen mit Licht“

Stadt. Baudirektor Paulgerd Jesberg, Wiesbaden

**„Zusammenhänge zwischen Gebäudeorientierung,
Höhenabstandsverhältnis und Energieeinsparung“**

Hans Freymuth, Stuttgart,
Institut für Tageslichttechnik GmbH, Stuttgart

„Beleuchtung im Straßenraum“

Dipl.-Ing. Marlene Zlonicky, Essen

„Außenbeleuchtungen“

Dr. Hans-Joachim Dodillet, Menden

„Stand und Entwicklung elektrischer Lichtquellen“
Dipl.-Phys. W. Tubbesing, München

„Architektur und Wirtschaftlichkeit der Beleuchtung“
Rolf Drux, Lüdenscheid

Beginn: 9.30 Uhr – Ende: 17.00 Uhr

Veranstaltungsort:

Haus der Wissenschaften,
Palmenstraße 16, 4000 Düsseldorf

SEMINARE

I. PLANEN und ENTWERFEN

**Seminar 1 vom Dienstag, 20. 2., bis Mittwoch, 21. 2. 1979
in Düsseldorf**

„Wohnen In der Stadt – Neue Wohnformen“

Seminarleitung: Prof. Dr. Roland Rainer,
Architekt, Wien

- Die Rolle des Einfamilienhauses in den hohen Wohnkulturen
- Das Einfamilienhaus im Rahmen eines komplexen Wohn- und Energiekonzepts
- Einfamilienhäuser in der Stadt – Wünsche – Möglichkeiten – Voraussetzungen
- Das Stadthaus – eine der Möglichkeiten innerstädtischen Wohnens

Dozenten: Prof. Gerhard D. Dietrich,
Städtebauinstitut, Forschungs-
gesellschaft mbH, Nürnberg
Ltd. Ministerialrat Peter Moelle,
Innenministerium NW, Düsseldorf
Prof. Dr. Roland Rainer,
Architekt, Wien

**Seminar 2 vom Dienstag, 20. 3., bis Mittwoch, 21. 3. 1979
in Düsseldorf**

„Neues Bauen in alten Städten“

Seminarleitung: Prof. Dipl.-Ing. Harald Deilmann,
Architekt, Münster

Ziele der Stadtentwicklung und erhaltenden Erneuerung
in Altstadtgebieten. Diskussion der planungs- und
bauordnungsrechtlichen Problematik des Bauens in
historischem Kontext.

Versuch einer Theorie unterschiedlicher Realisierungsmöglichkeiten an Fallbeispielen.

Kategorien des Ensembleschutzes, des Bauens im Sichtbereich historischer Gebäude und in Schutzzonen von
Stadtzentren.

Begehung der Altstadt von Düsseldorf mit Besprechung
von Beispielen vor Ort.

Dozenten: Prof. A. Machtemes,
Düsseldorf
Stadtsyndikus Vosswinkel,
Düsseldorf
Dr.-Ing. Dieter Wildemann,
Denkmalamt Westfalen, Münster
Baudirektor Dipl.-Ing. Kurt Schmidt,
Stadt Düsseldorf
Prof. Dipl.-Ing. Harald Deilmann,
Architekt, Münster

Seminar 3 am Freitag, 27. 4. und 18. 5. 1979 in Bonn

„Altbaumerneuerung und Denkmalpflege“

- Grundlegende Beiträge zur Stadtgestaltung und
Stadterneuerung –

Seminarleitung: Norbert Hieronymi,
Architekt VFA, Bonn

Praktische Denkmalpflege und Altbaumerneuerung an
bedeutenden Kunstdenkmälern und richtungswise senden
Beispielen: Wiederaufbauten, Renovierungen, Erneuerungen,
Translozierungen, Ergänzungen und Maßnahmen
zur Gestaltung der näheren und korrespondierenden
Umgebung.

Diese Beispiele sollen im Rahmen des Seminars besichtigt
und am Ort erläutert werden. An den jeweils folgenden
Tagen besteht die Möglichkeit zur Besichtigung der
Bundesgartenschau.

Dozenten: Leitender Baudirektor Paul Epping,
Bonn
Dr. Georg Mörsch, Landeskonservator
Rheinland, Bonn, Leiter der Abteilung
„Praktische Denkmalpflege“
Beigeordneter Gerd Nike,
Bonn
Norbert Hieronymi,
Architekt VFA, Bonn

II. BAUKONSTRUKTION

**Seminar 4 vom Mittwoch, 4. 4., bis Donnerstag, 5. 4. 1979
in Düsseldorf**

„Bauen in Stahl – vorbeugender Brandschutz“

Seminarleitung: Dipl.-Ing. Karlheinz Schmiedel, Architekt,
Informations- und Beratungszentrum
für elementiertes und industrialisiertes
Bauen im DSTV, Köln

Gebäude und ihre Teile sind so zu bemessen, daß sie im
Brandfall ausreichend lang funktionsfähig bleiben. Stahl-
konstruktionen erreichen mit geeigneten Brandschutz-
maßnahmen jede gewünschte Feuerwiderstandsklasse.
Brandschutzmaßnahmen sollten nach der von Bauart und
Nutzung abhängigen Brandgefährdung bemessen werden.
Der Stahlbau hat viele wirtschaftliche Brandschutz-
Lösungen entwickelt, die zugleich auch wichtige Aufgaben
der Gestaltung, des Schall-, Wärme- und Korrosions-
schutzes erfüllen.

Das Seminar soll diese Kenntnisse vermitteln.
Nach einführenden Referaten werden anhand von Hallen-
und Geschoßbauprojekten die bauaufsichtlichen Anforde-
rungen an Bauteile aus Stahl und deren Erfüllung durch-
gearbeitet. Eigenprojekte der Seminarteilnehmer können
diskutiert werden.

Dozenten: Dr.-Ing. Werner Bongard,
DSTV, Köln
Ing. (grad.) Hans Muess,
Stahlbau Lavis, Offenbach
Dipl.-Ing. Karlheinz Schmiedel,
DSTV, Köln

**Seminar 5 vom Donnerstag, 19. 4., bis Freitag, 20. 4. 1979
in Düsseldorf**

**„Feuchtigkeits- und Wärmeschutz bei Altbausanierung und
Modernisierung“**

Seminarleitung: Prof. Dr.-Ing. E. Schild,
Lehrstuhl Baukonstruktion III –
RWTH Aachen

- Nachträglicher Feuchtigkeitsschutz im Fassaden- und
Kellerbereich
- Nachträglicher Wärmeschutz an Dächern und Fassaden
 - Außendämmung
 - Innendämmung
- Bauphysikalische Aspekte des nachträglichen Wärme-
schutzes für das Gesamtgebäude
- Fallbeispiele

Es werden neueste Forschungsergebnisse des Lehrstuhls für Baukonstruktion III einbezogen.

Dozenten: Dipl.-Ing. G. Dahmen,
RWTH Aachen
Dipl.-Ing. R. Osswald,
RWTH Aachen
Dipl.-Ing. V. Pohlenz,
RWTH Aachen

Seminar 6 am Mittwoch, 25. 4. 1979 in Düsseldorf

„Raumklima und Heizung“

Seminarleitung: Prof. Dipl.-Ing. Helmut Scholz,
Fachhochschule Köln, Fachbereich
Versorgungstechnik, Hauptlehrgebiet:
Wärmetechnik, Heizungstechnik

1. Einleitung:
Grundlagen zur Wechselbeziehung Person–Raum, einschließlich Baugestaltung, Beheizungsart, jahreszeitlichen und klimatischen Einflußfaktoren.
2. Auswirkungen auf die Raum- und Baugestaltung: Raumproportionen, Wände, Decken, Türen, Fenster usw., insbesondere bei bestimmten Gebäudearten, wie z. B. Wohnhäusern, Kindergärten und Schulen.
3. Kritische Untersuchung einiger Räume bei ausgeführten Bauten:
– Interpretation der Planung, Ausführung, Fehleranalyse, Änderungsmöglichkeiten – Erarbeitung von Kriterien für Neuplanungen.
4. Besprechung der Landesvorschriften und anderer Veröffentlichungen für die Planung von Kindergärten und Schulen im Hinblick auf das Thema.

Dozenten: N. N.,
Prof. Dipl.-Ing. Helmut Scholz,
Fachhochschule Köln

III. BAURECHT und BAUWIRTSCHAFT

Seminar 7 vom Donnerstag, 22. 2., bis Freitag, 23. 2. 1979 in Düsseldorf

„Energieeinsparung und Wärmeschutz im Hochbau“

Seminarleitung: Dr.-Ing. W. Arnds,
Bad Honnef

Energiesparende Konstruktion und Gestaltung
Grundbegriffe des Wärmeschutzes
Stand der technischen Vorschriften
(insbesondere Wärmeschutzverordnungen)
Das Seminar soll unter Berücksichtigung der letzten Überwachungsvorschriften eine Einführung in diese, für den Beruf des Architekten entscheidende Problematik geben.

Dozenten: Prof. V. Nicolic,
Architekt, Kassel
Min.-Rat Wischerhoff,
Innenministerium NW, Düsseldorf
Dr.-Ing. W. Arnds,
Bad Honnef

Seminar 8 am Freitag, 6. 4. 1979 in Düsseldorf

„Projektsteuerung im Bauwesen“

Seminarleitung: Prof. Dr.-Ing. V. Kuhne,
Düsseldorf

- Aufgaben und Ziele der Projektsteuerung
- Grundlagen der Projektsteuerung
- Praktisches Vorgehen bei Planung, Kontrolle und Steuerung
- Rechtliche Grundlagen in der HOAI
- Projektsteuerung und Bauverträge
- Diskussion und Erfahrungsaustausch

Dozenten: Dipl.-Ing. G. Schaaf,
Düsseldorf
Min.-Rat. K. E. Wörmann,
Finanzministerium NW, Düsseldorf
Prof. Dr.-Ing. V. Kuhne,
Düsseldorf

Seminar 9 am Mittwoch, 18. 4. 1979 in Düsseldorf

Anwendung von Bundesbaugesetz und Baunutzungsverordnung

Seminarleitung: Dr.-Ing. Günther Abrahamson,
Architekt BDA, Essen

- Auswirkungen auf Planung und Genehmigung von Bauvorhaben
- Möglichkeiten der Abweichung von Festsetzungen
- Befreiungen von Vorgaben der Art und des Maßes der Bebauung
- Vorabgenehmigung von Bauvorhaben
Eigene Problemfälle werden auf Wunsch behandelt.
Vorherige Bekanntgabe ist erwünscht.

Dozenten: Oberbaurat Schulte-Uffelage,
Planungsamt der Stadt Essen
Dr.-Ing. Günther Abrahamson,
Architekt BDA, Essen

Seminar 10 am Dienstag, 24. 4. 1979 in Düsseldorf

BauO NW – Beschleunigung des Baugenehmigungsverfahrens

Bauvorlagen, Bestimmungen bei der Modernisierung, Bauanzeigeverordnung und Freistellungsverordnung

Seminarleitung: Baudirektor Hans-Werner Becker,
Architekt BDB, Iserlohn

1. **Die Anwendung der Bauvorlagenverordnung** vom 30. 1. 1975
 - 1.1. Bauvorlagen und Bauvorlageberechtigung im bauaufsichtlichen Verfahren – RErl. d. IM NW vom 21. 6. 1977
 - 1.1.1. – Bauvorlagen nach den Vorschriften der BauO NW, Vorschriften der BauVorlVO, Erhebliche Mängel, Bauvorlageberechtigung –
 2. **Die Anwendung bauordnungsrechtlicher Vorschriften bei der Modernisierung oder sonstigen Änderungen bestehender baulicher Anlagen** – RdErl. d. IM NW vom 3. 1. 1978
 - 2.1. Anwendung auf bestehende bauliche Anlagen (nach § 104 BauO NW)
 - Voraussetzungen und Möglichkeiten nachträglicher Forderungen der Baugenehmigungsbehörden bei Spielplätzen für Kleinkinder, an den Schallschutz von Außenwänden, an Stellplätze für Kraftfahrzeuge und bei der Teilung von Grundstücken –
 3. **Die Bauanzeigeverordnung** vom 20. 9. 1978
 - 3.1. Voraussetzung zum Einstieg in die VO
 - 3.2. Erforderliche Bauvorlagen
 - 3.3. Bautechnische Nachweise
 - 3.4. Voraussetzungen für den Baubeginn
 - 3.5. Mitteilung der Fertigstellung
 - 3.6. Pflicht der Bauaufsichtsbehörden
 4. **Die Freistellungsverordnung** vom 5. 9. 1978
 - 4.1. Vorhaben, die weder der Genehmigungspflicht noch der Anzeigepflicht, jedoch der Mitteilungspflicht unterliegen:
 - 4.1.1. Haustechnische Anlagen, tragende und aussteifende Wände
 - 4.1.2. Form der Mitteilung
 - 4.1.3. Form der Unternehmererklärungen
 - 4.2. Vorhaben, die weder der Genehmigungspflicht noch der Anzeigepflicht unterliegen.

Dozenten: Reg.-Baudirektor Heinz-Georg Temme,
Architekt, Innenministerium NW, Düsseldorf
Baudirektor Hans-Werner Becker,
Architekt BDB, Iserlohn

Seminar 11 am Mittwoch, 2. 5. 1979 in Düsseldorf

„HOAI 1977 – Erfahrungen in der Anwendung“
 (Grundlagenkenntnisse der Vertragsgestaltung werden vorausgesetzt)

Seminarleitung: Dr.-Ing. Joachim Arlt,
 Architekt, Bonn

Vertrags- und Honorarprobleme
 Der Vertragsabschluß unter besonderer Berücksichtigung des AGB-Gesetzes
 Gewährleistung, Haftung und Versicherung
 Rechte und Pflichten des Architekten
 Diskussion und Verhandlung der Grundlagen des Honorars (Leistungen, anrechenbare Kosten, Honorarzone)
 Nebenkosten als Honorarbestandteil
 Die Honorarspanne als Verhandlungsproblem
 Koordination als Kostenfaktor
 Besondere Aspekte der Modernisierungsleistungen
 Nachkalkulation zur Ermittlung des Studensatzes

Dozenten: Rechtsanwalt Hans-Rudolf Jochem,
 Bonn
 Dr.-Ing. Joachim Arlt,
 Architekt, Bonn

Seminar 12 vom Dienstag, 5. 6., bis Mittwoch 6. 6. 1979 in Düsseldorf

„Die Wertermittlung von Grundstücken II“
 (Teilnahme an der Stufe I wird vorausgesetzt)

Seminarleitung: Prof. Dr. Josef Campinge,
 Architekt BDB, Köln

– Miete und Wohnungseigentum, Erbbaurecht und Dienstbarkeiten in der Wertermittlung –

Dozenten: Ing. (grad.) Heinz Peters,
 Architekt BDB, Viersen
 Steuerberater Peter Thie,
 Köln
 Liegenschaftsdirektor
 Dipl.-Ing. Martin Tiemann, Essen
 Prof. Dr. Josef Campinge,
 Architekt BDB, Köln

Seminar 13 vom Donnerstag, 7. 6., bis Freitag, 8. 6. 1979 in Düsseldorf

Seminar für Gutachter und vereidigte Sachverständige – Die Tätigkeit des Bausachverständigen III

Seminarleitung: Ing. (grad.) Joachim Kaldenberg,
 Architekt VFA, Essen

1. Das Obergutachten
2. Angriff auf den Sachverständigen
 Angriff auf das eigene Gutachten
 Die Gutachternachbesserung
3. Teamarbeit, ohne daß die Persönlichkeit aufgehoben wird
4. Wie rationalisiere ich meine Gutachtertätigkeit.

Dozenten: Werner Pott,
 Richter am Oberlandesgericht Hamm
 Ing. (grad.) Joachim Kaldenberg,
 Architekt VFA, Essen

IV. FACHÜBERGREIFENDE THEMEN

Seminar 14 vom Dienstag, 12. 6., bis Mittwoch, 13. 6. 1979 in Düsseldorf

„Rationalisierung im Architekturbüro“

Seminarleitung: Dr.-Ing. Rainer Hobusch,
 Neu-Isenburg

Funktionen im Architekturbüro als Ausgangspunkt von Rationalisierungsmaßnahmen
 Rechtliche Aspekte, Steuerrecht, Arbeitsrecht, Rechtsform
 Betriebswirtschaftliche Grundlagen, Finanz- und Betriebsbuchhaltung, Vor- und Nachkalkulation
 Aufbau eines Informations- und Steuerungssystems zur wirtschaftlichen Steuerung der Projekt- und Büroarbeit
 Hilfsmittel zur Rationalisierung der Projektarbeit, Ordnungssysteme, Informationssysteme, Standardleistungsbuch
 Technische Hilfsmittel zur Rationalisierung, Datenverarbeitung, Textverarbeitung, Mikroverfilmung
 In einem Abschlußcolloquium werden Fragen zur Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen ausführlich besprochen.

Dozenten: Dr.-Ing. Joachim Arlt,
 Architekt, Bonn
 Hans-Werner Brandt,
 Architekt BDA, Düsseldorf
 Rechtsanwalt Hans-Rudolf Jochem,
 Bonn
 Dr.-Ing. Rainer Hobusch,
 Neu-Isenburg

HINWEISE UND BEDINGUNGEN DER AK NW**Teilnehmerkreis**

Mitglieder der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und Gäste

Teilnehmerbeiträge

eintägige Seminare:	DM 60,- pro Seminar für Mitgl. der AK NW
zweitägige Seminare:	DM 130,- pro Seminar für Gäste
Exkursionen:	DM 125,- pro Seminar für Mitgl. der AK NW
	DM 270,- pro Seminar für Gäste
	Italien: DM 895,-
	USA: DM 1645,-
	Süddeutschland: DM 285,-

Tagung, Ausstellungen, Informationstage, Colloquium,

Vorträge:

Teilnahme kostenlos.

Vorherige Anmeldung ist erforderlich.

Anmeldungen sind zu richten an die Akademie der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen, Inselstraße 27, 4000 Düsseldorf 30, Telefon (0211) 49 22 83, welche weitere Auskünfte erteilt.

– MBl. NW. 1979 S. 165.

Justizminister**Stellenausschreibung
 für das Oberverwaltungsgericht Münster**

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um
 1 Stelle eines Vorsitzenden Richters am Oberverwaltungsgericht bei dem Oberverwaltungsgericht Münster.

Bewerbungen sind innerhalb einer Frist von zwei Wochen auf dem Dienstweg einzureichen.

– MBl. NW. 1979 S. 169.

Personalveränderungen**Finanzminister****Ministerium****Es sind ernannt worden:**

Leitender Ministerialrat J. Deselaers zum Ministerialdirigenten

Ministerialrat H. Lucas zum Leitenden Ministerialrat

Ministerialrat W. Riotte zum Leitenden Ministerialrat beim Ministerpräsidenten

Ministerialrat Dr. H. Schierz zum Leitenden Ministerialrat

Nachgeordnete Dienststellen**Es sind ernannt worden:****Oberfinanzdirektion Düsseldorf**

Ministerialdirigent Dr. H. R. Haacke, Bundesministerium der Finanzen, zum Oberfinanzpräsidenten der Oberfinanzdirektion Düsseldorf

Oberfinanzdirektion KölnOberregierungsrat D. Zebandt zum Regierungsdirektor
Regierungsrat J. Herchenbach zum Oberregierungsrat**Großbetriebsprüfungsstelle Aachen**

Regierungsrat H. J. Beulke zum Oberregierungsrat

Großbetriebsprüfungsstelle Hagen

Regierungsrat H. Ribbert zum Oberregierungsrat

Finanzamt Düsseldorf-MettmannRegierungsrat Dr. H. Jahn zum Oberregierungsrat
Regierungsrat H.-J. Milich zum Oberregierungsrat
Regierungsrat z. A. H.-U. Honke zum Regierungsrat**Finanzamt Düsseldorf-Nord**Regierungsrat z. A. G. Finger zum Regierungsrat
Regierungsrätin z. A. R. Stünkel-Hoffmann zur Regierungsrätin**Finanzamt Düsseldorf-Süd**

Regierungsrat z. A. W. Greulich zum Regierungsrat

Finanzamt Düsseldorf-Velbert

Regierungsrat H. Henke zum Oberregierungsrat

Finanzamt Duisburg-Süd

Regierungsrat z. A. U. Obermeier zum Regierungsrat

Finanzamt Kleve

Oberregierungsrat J. Stratmann zum Regierungsdirektor

Finanzamt Oberhausen-Süd

Regierungsrätin z. A. D. Schilli zur Regierungsrätin

Finanzamt Remscheid

Regierungsrat W. Heer zum Oberregierungsrat

Finanzamt Wuppertal-Barmen

Regierungsrat z. A. K. Saalmann zum Regierungsrat

Finanzbauamt Düsseldorf

Regierungsbaurat z. A. W. Alter zum Regierungsbaurat

Finanzamt Aachen-Stadt

Regierungsrat z. A. S. Edlmann zum Regierungsrat

Finanzamt Bergheim

Regierungsrat M. Lingens zum Oberregierungsrat

Finanzamt Bonn-Außenstadt

Regierungsrat C. Harf zum Oberregierungsrat

Regierungsrätin U. van Schewick zur Oberregierungsrätin

Finanzamt Euskirchen

Regierungsrat z. A. W. Curt zum Regierungsrat

Finanzamt Jülich

Regierungsrat J. Schmitt zum Oberregierungsrat

Finanzamt Köln-Außenstadt

Regierungsrat W. Mokross zum Oberregierungsrat

Finanzamt Köln-Mitte

Regierungsrat z. A. U. Viebahn zum Regierungsrat

Finanzamt Leverkusen

Regierungsrat z. A. A. Knüppel zum Regierungsrat

Finanzamt Sankt Augustin

Regierungsrat U. Heidemeyer zum Oberregierungsrat

Regierungsrat z. A. N. Klein zum Regierungsrat

Finanzamt Altena

Regierungsrat W. Schröter zum Oberregierungsrat

Finanzamt Bielefeld-Innenstadt

Regierungsrat W. Rosenthal zum Oberregierungsrat

Finanzamt Bochum

Regierungsrat z. A. Dr. V. Hassel zum Regierungsrat

Finanzamt Dortmund-West

Regierungsrat z. A. F. J. Flacke zum Regierungsrat

Finanzamt Recklinghausen

Oberregierungsrat K. Bauer zum Regierungsdirektor

Finanzbauamt Iserlohn

Regierungsbaurat z. A. H.-A. Gödeke zum Regierungsbaurat

Staatshochbauamt Dortmund

Regierungsbaurat z. A. H. E. Falck zum Regierungsbaurat

Staatshochbauamt Soest

Regierungsbaurat z. A. H. Kasten zum Regierungsbaurat

Staatshochbauamt Detmold

Regierungsbaurat z. A. A. Löhr zum Regierungsbaurat

Regierungspräsident Köln

Regierungsbaurat z. A. G. Sträßer zum Regierungsbaurat

Staatshochbauamt für die Kernforschungsanlage Jülich

Oberregierungsbaurat H. Wolfram zum Regierungsbaurat beim Staatshochbauamt für die Technische Hochschule Aachen

Es sind versetzt worden:**Oberfinanzdirektion Münster**

Regierungsdirektor Dr. K. Freitag an das Finanzgericht Münster

Finanzamt Düsseldorf-Velbert

Oberregierungsrat H.-W. Vohwinkel an das Finanzgericht Düsseldorf

Finanzamt Duisburg-Süd

Regierungsrat Dr. H.-G. Fischer an die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NW

Finanzamt Bergisch Gladbach

Oberregierungsrat W. Birk an das Finanzgericht Düsseldorf

Finanzamt Köln-Nord

Oberregierungsrat D. Schlosser an das Finanzgericht Düsseldorf

Finanzamt Leverkusen

Oberregierungsrat H. Steuck an das Finanzgericht Düsseldorf

Finanzamt Coesfeld

Oberregierungsrat Dr. F. Wegmann an die Oberfinanzdirektion Münster

Finanzamt Lüdenscheid

Oberregierungsrat Dr. K. Notthoff an die Oberfinanzdirektion Münster

Es sind in den Ruhestand getreten:

Oberfinanzdirektion Düsseldorf

Oberfinanzpräsident Dr. T. von Zezschwitz

Oberfinanzdirektion Köln

Regierungsdirektor W. Kiehl

Finanzamt Altena

Oberregierungsrat W. Schröter

Finanzamt Coesfeld

Oberregierungsrat K. Lehmann

– MBl. NW. 1979 S. 170.

**Hinweis
für die Bezieher des Ministerialblattes für das Land
Nordrhein-Westfalen**

Betrifft: Einbanddecken zum Ministerialblatt
für das Land Nordrhein-Westfalen – Jahrgang
1978 –

Der Verlag bereitet für den Jahrgang 1978 Einbanddecken für 2 Bände vor zum Preis von 16,- DM zuzüglich Versandkosten von 3,- DM = 19,- DM.

In diesem Betrag sind 12% Mehrwertsteuer enthalten. Bei Bestellung mehrerer Exemplare vermindern sich die Versandkosten entsprechend. Von der Voreinsendung des Betrages bitten wir abzusehen.

Bestellungen werden bis zum 1. 4. 1979 an den Verlag erbeten.

– MBl. NW. 1979 S. 171.

Einzelpreis dieser Nummer DM 4,80

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 36 03 01 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 59,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 118,- DM (Kalenderjahr). Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10. für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 888 82 93/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,80 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 85 16-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Elisabethstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Anschriften siehe oben

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf